

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,

Selbstlob stinkt, ich weiß, aber erlauben Sie mir trotzdem, zuallererst natürlich nicht mich, sondern unser Land zu loben: Südtirol steht heute – am Ausgang einer weltweiten Phase der Krise, der Stagnation, der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten – gefestigter da als je zuvor: trotz kleinerer Reibereien ist der ethnische und der soziale Frieden gesichert, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eine der geringsten in ganz Europa, die Wirtschaft ist auch in Zeiten der Krise stets, wenn auch langsamer als in den Jahren zuvor, gewachsen, wir sind als eines der ganz wenigen Länder nach wie vor nahezu schuldenfrei, das Pro-Kopf-Einkommen ist eines der höchsten in ganz Europa, der Lebensstandard, die Lebensqualität nicht minder. Unser Land gilt nach wie vor als Magnet für Millionen Gäste aus aller Welt, unsere Landschaft ist mit dem Prädikat des Unesco-Weltnaturerbes geadelt worden und politisch sind unsere größten Probleme solche, die in anderen Regionen ob ihrer geringen Bedeutung vom Tisch gewischt würden.

Warum so viel Lob, so viel Bauchpinseln? Ganz einfach: Ich glaube, es ist notwendig, dass wir in die politische Diskussion des Haushalts 2011 gehen, indem wir uns realistisch vor Augen halten, wie die Situation im Land ist. Abseits von allen politischen Divergenzen, allen Meinungsverschiedenheiten, muss es erlaubt sein, die Debatten, die wir führen, in den richtigen Rahmen einzuordnen, uns vor Augen zu halten, wie es wirklich um Südtirol steht: realistisch, pragmatisch, jenseits von politischem Gut und Böse.

Dies vor allem, weil es etwas gibt, was über die Jahre ebenso gewachsen ist wie der ethnische Frieden und unser Wohlstand: Es ist das stetige Gefühl, zu kurz zu kommen, uns benachteiligt zu fühlen und aufzujaulen, wann immer es Veränderungen geben soll. Die Mentalität, die uns heute immer häufiger begegnet, ist leider eine Mentalität des „Alles!“, des „Alles sofort!“ und des „Alles ohne Gegenleistung!“.

Eine solche Mentalität, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen, sondern Grundlage für eine individualisierte, egoistische Gesellschaft, die jeden sozialen Zusammenhalt, jedes Verantwortungsgefühl für den Mitmenschen vermissen ließe und die – dafür braucht man kein Hellseher zu sein – nicht lange Bestand haben würde.

Nehmen wir den aktuellen Haushalt als Beispiel: 5,227 Milliarden Euro für ein Land mit rund 500.000 Einwohnern, trotz Krise ein Minus von gerade einmal knapp über einem Prozent gegenüber dem laufenden Jahr und trotzdem: Unzufriedenheit allerorten, bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, die uns beide gleichermaßen lauthals vorwerfen, sie übervorteilt zu haben, ihre jeweiligen Bedürfnisse nicht zu sehen, zu verkennen oder gar zu ignorieren.

Das Beruhigende daran: Es ist – so abnormal ist die Logik der Politik – ein gutes Zeichen, glauben Sie mir: Wenn alle Seiten gleichermaßen aufjaulen, dann haben wir entweder alles falsch gemacht – und das eingangs gezeichnete Bild Südtirols widerspricht dem ganz offensichtlich – oder wir haben sehr vieles richtig gemacht, indem wir nämlich die notwendigen Haushaltskürzungen und Umverteilungen ausgewogen vorgenommen haben.

Es ist schon klar: Wenn ich mich berufsbedingt einer Seite des sozialen Spektrums zuordnen kann, ist es immer leichter zu argumentieren, als wenn man beide Seiten im Blick haben muss, wie wir dies als Landesregierung haben. Dann zieht das Argument des „Sparen: ja selbstverständlich, aber nicht bei mir!“ nicht mehr, dann muss vielmehr umgeschichtet und gekürzt werden, ob man dies will oder nicht.

Erlauben Sie mir hier auch eine persönliche Bemerkung: Regieren, das liegt auf der Hand, ist immer dann leichter, wenn man über genügend Geldmittel verfügt, alle Forderungen erfüllen und alle Bedürfnisse befriedigen kann. Leichter heißt aber nicht auch interessanter, denn interessanter – weil mit wesentlich größeren Herausforderungen, mit mehr Kopf- und Konzeptarbeit, auch mit wesentlich härteren Auseinandersetzungen verbunden – interessanter wird das Regieren in Zeiten von schmaler werdenden Budgets. In solchen Zeiten wird man gefordert, in solchen Zeiten sind Kreativität und Flexibilität gefragt, auch Durchsetzungsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und ein scharfer Blick fürs Wesentliche.

Das Verantwortungsgefühl, aber auch die Freude, mit denen wir an diese Herausforderungen herangehen, kann man auch daran erkennen, dass wir als Landesregierung bei der Erstellung dieses Haushalts nicht den einfachen Weg gegangen sind, denn – das kann ich Ihnen versichern – auch diesen hätte es gegeben. Sogar zwei davon:

Wir hätten beispielsweise das Budget-Minus durch höhere Einnahmen ausgleichen können. Die Möglichkeiten dazu hätten wir gehabt, der Staat räumt uns Spielräume in

steuerlicher Hinsicht ein, wir hätten sie nutzen, wir hätten sie auch rechtfertigen können: mit kleiner werdenden Budgets aber ganz sicher nicht kleiner werdenden Anforderungen an das Land. Nur: Was sich so locker liest – „durch höhere Einnahmen ausgleichen“ – hieße nichts anderes, als Steuern zu erhöhen, den Druck auf die Steuerzahler noch weiter wachsen zu lassen.

Dies ist der Grund, warum wir den Weg der höheren Einnahmen nicht gegangen sind, im Gegenteil: Wir haben uns unsere Aufgabe noch zusätzlich erschwert, indem wir – als eines der ganz wenigen Länder in Europa – unsere Steuern weiter gesenkt haben, etwa durch den Verzicht auf den Landeszuschlag auf die Einkommenssteuer IRPEF für niedrige Einkommen. Eine *Entlastung* für eine Vielzahl von Bürgern und Familien, eine *Belastung* für uns, nachdem wir auf über acht Millionen Euro an Einnahmen verzichten müssen. Wir hätten daraufhin die abgeschafften IRAP-Landeszuschläge wieder einführen können, auch das tun wir nicht, womit sich der Topf der Steuerbelastungen, auf die wir verzichten, um weitere 94 Millionen Euro füllt. Auf noch einmal 36 Millionen Euro verzichten wir, weil wir auf die IRPEF für die höheren Einkommen nur 0,9 Prozent an Landeszuschlag einheben, anstatt der vom Staat ermöglichten 1,4 Prozent. Mit weiteren rund 4,7 Millionen Euro schlagen die KfZ-Steuer-Reduzierungen zu Buche, mit 3,4 Millionen Euro die nicht eingehobenen Zuschläge auf den Strom, mit rund 2,3 Millionen Euro die rückerstatteten Umschreibengebühren bzw. Steuern für unterm Jahr verkaufte Fahrzeuge.

Wir hätten es uns also leicht machen und den Landessäckel mit rund 150 Millionen zusätzlichen Euro füllen können: Minus mehr als wettgemacht, Problem gelöst, nur: dem Steuerzahler, unser aller Chef, würde irgendwann die Luft zum Atmen fehlen.

Es hätte auch noch einen zweiten einfachen Weg gegeben: die Rasenmähermethode. Mit anderen Worten: Wir müssen knapp über ein Prozent an Ausgaben einsparen, also kürzen wir alle Kapitel um diesen Anteil. Einfache Rechnung, kurzer Prozess, kein Rechtfertigungszwang. Nur: Wäre diese Lösung der Fortschreibung historischer Haushalte auch ein sinnvoller? Nein, mitnichten! Wir dürfen nicht vergessen, dass wir mit dem Haushalt Aspekte der Gesellschaft regeln, die einem ständigen Wandel unterliegen: Rahmenbedingungen ändern sich, Prioritäten verschieben sich, Bedürfnisse wechseln, Anforderungen auch – mit einer Fortschreibung des Haushalts würde man zwar politischen Problemen aus dem Weg gehen, den gesellschaftlichen aber nicht. Im Gegenteil: Sie würde man sogar zusätzlich schüren und langfristig stünde die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf dem Spiel.

Wie gesagt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: Was wir gemacht haben, ist eben nicht, einen der beiden einfachen Wege zu gehen. Vielmehr haben wir unseren Haushaltsentwurf für das kommende Jahr an Schwerpunkten ausgerichtet, sodass die Kürzungen ganz unterschiedlich ausfallen. Von uns für die Entwicklung unseres Landes als strategisch erachtete Bereiche können sogar mit einem leichten Ausstattungs-Plus rechnen.

Nun ist das strategische, sprich: das langfristig ausgerichtete Denken und Planen, etwas, was uns – der Landesregierung – von vielen selbst ernannten Experten rundheraus abgesprochen wird. Man traut uns zwar zu, ganz anständig zu verwalten, aber nach vorne zu schauen, Ideen zu entwickeln, Visionen zu verfolgen? Die doch nicht!

Deshalb erlauben Sie mir kurz, einen ganz persönlichen Blick zurück, denn der Vorwurf, ein Pragmatiker zu sein, der in den Tag hinein lebt, Probleme löst, wenn sie auftauchen, aber kein Konzept, nicht einmal eine Idee hat, wie es im nächsten Jahr weitergehen soll, dieser Vorwurf begleitet mich – und mit mir die Landesregierung – jetzt schon seit einer ganzen Weile. Um genau zu sein, seit 1989, seit meiner Wahl in das Amt des Landeshauptmanns. Seit 21 Jahren tun wir also nichts anderes, als kurzfristige Entscheidungen zu treffen, Stückwerk zu produzieren, ohne je das große Ganze im Auge zu haben. Und trotzdem steht Südtirol heute exzellent da. Mehr noch: Südtirol steht heute im internationalen Vergleich weit besser da, als es noch vor zwanzig Jahren dastand – ich verweise auf das, was ich eingangs dieser Rede aufgezählt habe.

Verstehen Sie mich nun nicht falsch: Ich würde mir nie anmaßen zu behaupten, dass Südtirol nur dank mir und der Arbeit der Landesregierungen der letzten fünf Amtsperioden so gut dasteht. Ich würde aber auch nicht so weit gehen zu behaupten, es steht *trotz* unserer Arbeit so da, wie es dasteht.

Und ich glaube auch nicht, dass unser Land die Entwicklung durchmachen konnte, die es in den letzten zwei Jahrzehnten durchgemacht hat, wenn es von Leuten regiert worden wäre, die nur Stückwerk im Kopf gehabt hätten. Es hat, das gebe ich gerne zu, keinen Masterplan gegeben, nach dem dieses Land entwickelt worden wäre, kein Konzept, das 1989 entworfen worden wäre und das ich aus der Schublade ziehe, wann immer eine Entscheidung zu treffen wäre. Dies, weil ich nicht glaube, dass ein solcher Masterplan über Jahre und Jahrzehnte Gültigkeit behalten könnte. Ein Masterplan, der die

Entwicklung einer Gesellschaft steuern möchte, und zwar über Jahrzehnte hinaus, kann nur scheitern, weil er von Menschen gemacht wird und Menschen betrifft: zu viele Unbekannte also, zu viele Variable, zu viele Parameter, die man nie und nimmer beeinflussen kann.

Was es aber demnächst geben muss, geben wird, ist die Neuauflage des LEROP, an der bereits seit längerem gearbeitet wird. Und was es darüber hinaus sehr wohl gegeben hat – und immer noch gibt – sind Leitlinien, an denen wir unsere Entscheidungen ausrichten. Keine starren, rigiden Regeln, die sich über die Zeit nicht ändern könnten, sondern Einsichten, die wir im Laufe unserer Arbeit gewinnen, die wir auch immer wieder anpassen, die unser Handeln aber leiten:

Die Einsicht etwa, dass Südtirols Gesellschaft nur gedeihen kann, wenn die Menschen, die sie bilden, an einem Strang ziehen: ethnische und soziale Spannungen sind kein Nährboden für eine gedeihliche Entwicklung eines Landes. Sie verbrauchen viel zu viel Energie, die man sinnvoller einsetzen könnte, sie vergiften das Klima, rütteln an den Grundfesten einer erfolgreichen Gesellschaft.

Nun stehen im kommenden Jahr einige Themen auf der politischen Tagesordnung, die gerade die ethnischen, aber durchaus auch die sozialen Spannungen in diesem Land anheizen könnten, wenn man sie von der sachpolitischen Ebene auf eine emotionale hebt, wenn man keine themenbezogenen Debatten mehr führt, sondern parteipolitische, wenn man anstatt an das Hirn der Bürger an deren niedere Instinkte appelliert. Ich spreche vom Wahlgesetz, das hier in diesem Haus behandelt werden sollte, ich spreche vom Gesetz, mit dem die Ortsnamen in diesem Land ein für allemal geregelt werden sollten, ich spreche vom Gesetz zur Direkten Demokratie und – natürlich – vom Landesgesetz zur Einwanderung.

Einwanderung, meine Damen und Herren, ist ein viel zu komplexes Thema, als dass man es dem Stammtisch zur Diskussion überlassen könnte. Klammern wir auch nur kurz alle sozialen Implikationen aus, so ist die Einwanderung schon allein rechtlich ein unglaublich vielschichtiges Thema: Wofür ist der Staat zuständig und wofür wir als Land? Welche Regeln müssen wir übernehmen, wo haben wir freie Hand? Wie eng ist der Rahmen, den man uns setzen kann? Und vor allem: Wie gehen wir ein Thema an, in dem so viele

rechtlich relevante Seiten nicht von uns beeinflusst werden, angefangen bei den Migrationsströmen, bei der Zahl derer, die in unser Land kommen?

Es geht, wenn wir uns in der Landesregierung und im Landtag mit der Einwanderung befassen, also in erster Linie um Fragen der Integration. Oder besser: Um die Frage, wie kann Integration am besten funktionieren, wie können sich Einwanderer in unserem Land am besten zurechtfinden und wie müssen die Rahmenbedingungen aussehen, damit die Einwanderung für Südtirols Gesellschaft zur Bereicherung und nicht zum Problem, zur Belastung wird.

Betrachten wir das Thema Einwanderung bzw. Integration also sachlich – und dies ist unsere Aufgabe als Politiker – dann sehen wir, dass es nicht um Ideologie oder Nationalismus, um Kultur oder die Angst vor Multikulti, um Fremdenfeindlichkeit oder Unterwürfigkeit geht, sondern um ganz konkrete Sachfragen: Darum etwa, dass wir ein Auge auf die Aufnahmefähigkeit unseres Arbeitsmarkts haben, auf dem vor allem Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften besteht. Darum, dass wir bei der Auswahl der Arbeitskräfte auf deren Integrationsfähigkeit achten, indem wir etwa Einwanderern aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten den Vorzug geben. Darum, dass wir es für sinnvoll erachten, soziale Unterstützung an die Ansässigkeit zu knüpfen, auch wenn zu klären sein wird, inwieweit dies mit staatlichen Bestimmungen vereinbar ist. Darum, dass wir Sprache als den Schlüssel zu unserer Gesellschaft verstehen und daher das Erlernen unserer Landessprachen als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Darum, dass wir künstliche Sozialfälle verhindern wollen, indem wir die Familienzusammenführung nur unter bestimmten Voraussetzungen erlauben, etwa wenn eine geeignete Wohnung vorhanden und das Lebensminimum nicht unterschritten wird. Darum, dass wir die Integration von Kindern in den Schulen fördern, indem wir ihnen entsprechenden Sprachunterricht angedeihen lassen. Und nicht zuletzt auch darum, dass wir nicht nur die Arbeitskräfte integrieren, sondern auch deren Familien, allen voran die Frauen, die Zugang zu unseren Sprachen bekommen müssen, damit sich ihnen auch der Zugang zur Gesellschaft erschließt.

Wir müssen also, wenn es um die Einwanderung geht, etwas verhindern und etwas schaffen. Verhindern müssen wir, dass wir Migrationsströme künstlich lenken, oder besser: neue auslösen, indem es einen Wettbewerb um Sozialleistungen gibt. Und was müssen wir schaffen? Eine Gesellschaft, die tolerant ist, aber nicht den Fehler macht, Toleranz mit Selbstaufgabe zu verwechseln, eine Gesellschaft, die gastfreundlich ist, ihre Gastfreundschaft aber nicht missbrauchen lässt, eine Gesellschaft, die Not erkennt und

aktiv lindert, aber kein Auffangbecken für Glücksritter aller Art wird – kurz: wir müssen *eine* Gesellschaft werden.

Und auch auf die Gefahr hin, wie ein Oberlehrer zu wirken: All jenen, die – wenn es um die Einwanderung und die Einwanderer geht – am lautesten schreien, sei mit auf den Weg gegeben, dass gerade einmal die Generation ihrer Väter eine Auswanderergeneration war. Eine Generation, die, weil es hier in Südtirol am Nötigsten gefehlt hat, auf das Wohlwollen und die Akzeptanz von Menschen außerhalb ihrer Heimat angewiesen war.

Ich habe vorhin auf die Leitlinien verwiesen, die Einsichten, die unsere Politik, unser Handeln leiten, und zwar auch mittel- und langfristig. Dazu gehört auch die Einsicht, dass die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft bildet. Eine Keimzelle, die wir in jeglicher Hinsicht zu fördern versuchen: finanziell durch entsprechende Zuweisungen – die im Übrigen ab Jänner von der eigens dafür eingerichteten Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung ausgezahlt werden, durch Entlastungen und eine gerechtere, vor allem aber einheitliche Einkommens- und Vermögenserfassung die mit Juli kommenden Jahres greifen wird, sozial durch gezielte Maßnahmen zur Bildung und Stärkung der Familien sowie durch Schritte, die wir zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen. Ein wichtiges Vorhaben ist dabei der Ausbau der Kleinkinderbetreuung, die – so unser Ziel – 15 Prozent aller Kinder bis zu drei Jahren aufnehmen soll: in entsprechenden Einrichtungen oder durch den Ausbau des Tagesmutterdienstes. Nur so kann auf lange Sicht auch die Frauenerwerbsquote gesteigert werden.

Neben den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft gilt unsere Aufmerksamkeit natürlich auch dem anderen Ende des Altersspektrums: den Senioren. Statistiken zeigen, dass gerade sie es sind, die oft von Armut bedroht sind. Betroffene Senioren aufzufangen, sie zu entlasten und ihnen gleichzeitig die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern (etwa über die kostenlosen Abos für den öffentlichen Nahverkehr), ihnen aber auch einen würdigen Lebensabend ebenso zu garantieren, wie die Betreuung im Pflege- und Krankheitsfall war stets eine unserer Prioritäten und wird es auch immer bleiben. Nicht zuletzt deshalb stocken wir etwa auch den Pflegefonds um weitere sieben Millionen Euro auf.

Eine weitere unserer Leitlinien war und ist, dass Südtirol wirtschaftlich stark sein muss, wenn sich diese Gesellschaft überhaupt zum Positiven entwickeln soll. Die wirtschaftliche Stärke muss dabei allen Gesellschaftsschichten zugute kommen, jeder muss am

wachsenden Wohlstand teilhaben können, keiner darf an den Rand gedrängt werden oder durch das soziale Netz fallen. In diesem Kontext ist – um ein Beispiel unter vielen herauszupicken – etwa auch das Mittelstandsprogramm im Wohnbau zu nennen: 1000 Wohnungen für all jene, die zu viel verdienen, um in den Genuss einer Förderung zu kommen (zumindest bisher), aber zu wenig, um sich auf dem freien Markt bedienen zu können. Der Traum vom Eigenheim wird für sie nun realistisch, nachdem wir eigens für sie zwei gänzlich neue Förderinstrumente – den Ratenkauf und das Rotationsmodell – vorsehen.

In diesem Kontext ist darüber hinaus die gesamte Wohnbauhilfe zu sehen: von der Hilfe zur Schaffung eines Eigenheims über die Mietwohnungen, die wir Beziehern geringer Einkommen über das Wohnbauinstitut zur Verfügung stellen, bis hin zum Mietkostenzuschuss, das wir all jenen gewähren, die sich die hohen Mietpreise im Land aus eigener Tasche nicht leisten könnten. Das Mietkostenzuschuss ist allerdings ein Instrument, das wir grundlegend überdenken müssen. Das ist nicht nur aufgrund des letztthin gefällten Urteils des Bozner Arbeitsgerichts nötig, sondern darüber hinaus wegen des Jahr für Jahr steigenden Bedarfs an Mitteln, die in dieses Instrument fließen. Deshalb ist, meine Damen und Herren, an Alternativen zum Mietkostenzuschuss zu denken, wohlgerne immer mit dem Ziel vor Augen, jenen unter die Arme zu greifen, die sich ein Eigenheim auch mit Landeshilfe nicht leisten können.

Von wirtschaftlicher Stärke zu reden, wie ich dies eben getan habe, das hat dieser Tage schon fast etwas Anmaßendes, geht es in aller Welt doch in erster Linie darum, in Zeiten einer Krise, die noch nicht an ihr Ende gelangt ist, die Schwächen im Zaum zu halten – an Stärke ist in den allermeisten Ländern nicht einmal zu denken. Südtirol ist auch in dieser Hinsicht anders: Auch während der Krise, als ansonsten wirtschaftlich starke Staaten sich einem Schrumpfen ihrer Wirtschaft entgegen sahen, Minuszahlen von fünf, sechs Prozent, hatten wir in Südtirol immer noch ein Wachstum, wenn auch ein mit 0,5 Prozent niedriges zu verzeichnen. Und während in anderen Staaten die Arbeitslosenzahlen stiegen und stiegen, verharrt die Arbeitslosenquote bei uns immer noch auf einem Niveau, auf dem man weiter von Vollbeschäftigung sprechen kann.

Mehr noch: Neben all den harten Fakten stimmt im Land auch die subjektive Wahrnehmung der Wirtschaft wieder – und jeder, der sich mit dem Lauf der Wirtschaft beschäftigt, weiß, wie wichtig diese ist, hat sie doch wesentlichen Einfluss auf Investitionsentscheidungen und mittelfristige Strategien. Also: Zu ihrer Einschätzung



befragt, wie sie Südtirols Wirtschaft sehen, haben in einer jüngst ausgewerteten repräsentativen Umfrage nur noch zehn Prozent der Befragten geantwortet, der Trend zeige nach unten. 57 Prozent dagegen sehen Südtirols Wirtschaft wieder im Aufwind. Das war im Vorjahr noch mehr oder weniger umgekehrt: Damals haben fast zwei Drittel der Befragten Südtirol auf Talfahrt gesehen, weniger als zehn Prozent haben dagegen optimistisch in die Zukunft geblickt.

Dass die Wirtschaft sich in Südtirol dermaßen erfolgreich gegen die Krise gestemmt hat, dass im kommenden Jahr bereits wieder mit einem Wirtschaftswachstum zwischen 1,5 und 2 Prozent zu rechnen ist, ist nicht in erster Linie dem Land zu verdanken, nicht der Landesregierung, nicht der Landesverwaltung, auch wenn wir der Stagnation mit großem Aufwand entgegengesteuert haben. Vielmehr ist dies ein Verdienst derer, die „die Wirtschaft“ ausmachen: ein Verdienst der Unternehmer, die gezeigt haben, dass sie weiter an ihre Betriebe glauben, weiter investiert haben, oft auch mit einem noch weiter gesteigerten persönlichen Einsatz selbst für ein Fortbestehen gesorgt haben; ein Verdienst der Arbeitnehmer, die Opfer auf sich genommen haben, die sich flexibel gezeigt haben und die mit ihrem ganzen Fleiß und Einsatz für ihren Betrieb und damit auch für ihren Arbeitsplatz gekämpft haben. Und es ist ein Verdienst des Zusammenspiels dieser beiden Kräfte, ein Verdienst dessen, was wir gemeinhin als Sozialpartnerschaft bezeichnen: eine Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zum Wohl der gesamten Wirtschaft.

Hier den Eindruck zu erwecken, das Land könnte sich ob des Funktionierens dieser Partnerschaft und ob des Einsatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurücklehnen und sich aus der Verantwortung zu stehlen, wäre aber falsch. Vielmehr sind wir in der Landesregierung, wenn es um die Stärkung der Wirtschaft geht, auf gleich fünf Achsen unterwegs, die als Prioritäten gelten: Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Stärkung der peripheren Wirtschaftsstandorte, Energie und Mobilität.

Beginnen wir mit der Ausbildung und dort mit der Einsicht, an der wir uns ebenfalls langfristig orientieren: Die Einsicht, dass unsere Zukunft weniger von uns geschrieben wird, als von den Menschen, die heute jung sind. Ihnen das Handwerkszeug an die Hand zu geben, um die Zukunft nach ihren Vorstellungen gestalten zu können, ist unsere Aufgabe. Wir erfüllen diese Aufgabe, indem wir unserer Jugend eine möglichst solide Bildung und Ausbildung mit auf den Weg geben. Eine Bildung, die sich einerseits an Grundwerten wie Toleranz, Respekt, Verantwortungsgefühl, Engagement und dem guten

alten Rückgrat orientiert, an Werten also, die sich über die Zeit nicht ändern, gleichzeitig aber auch vor modernen Herausforderungen nicht zurückschreckt. Wer glaubt, das Bildungssystem könne gesellschaftliche Veränderungen einfach nur aussitzen, der täuscht sich – und der beraubt eine Gesellschaft ihres wichtigsten Kapitals in der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund haben die Schullandesräte, hat die Landesregierung auch die Reform der Oberstufe vorangebracht, die einerseits eine rechtliche Notwendigkeit war, weil der Staat einen neuen Rahmen für die Oberstufe abgesteckt hat, die andererseits aber auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit war, weil wir unser Schulsystem an die neuen Herausforderungen in der Gesellschaft anpassen können.

Ich bin überzeugt, dass die drei Säulen, auf denen unsere Oberstufe künftig ruhen wird, dass Gymnasien, Fachoberschulen und die Berufsbildung stark genug sein werden, um ein ganzes gesellschaftliches Gebäude zu tragen. Dies, weil die Bandbreite an Ausbildungsmöglichkeiten die gesamten gesellschaftlichen Bedürfnisse abdeckt: von der Vorbereitung auf ein Hochschulstudium über die verstärkte Vermittlung technischer, mathematischer und naturwissenschaftlicher Kompetenzen mit einem guten Maß an Praxisbezug bis hin zur konkreten Vorbereitung auf das Berufsleben samt der Vermittlung der entsprechenden Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Wir haben selbstverständlich auch Wert darauf gelegt, dass die „neue“ Oberstufe den Besonderheiten Südtirols gerecht wird: mit unserem besonderen Augenmerk auf die Vermittlung der Muttersprache, der Zweiten Sprache und darüber hinaus einer Fremdsprache, mit der Konzentration auf die Vermittlung der so wichtigen Fertigkeiten in Sachen Informations- und Kommunikationstechnologien, mit einer möglichst weit reichenden Allgemeinbildung, die unserem Standort an der Schnittstelle zweier großer Kulturen gerecht wird.

Im Zuge der Oberstufenreform, vor allem aber im Zuge unseres im Finanzgesetz enthaltenen Vorhabens, die Schulverwaltungen zusammenzulegen und so Synergien zu nutzen, Kosten einzusparen und Verwaltungsprozeduren zu straffen, ist immer wieder die Befürchtung geäußert worden, die Berufsbildung – seit jeher ein Flaggschiff unseres Ausbildungssystems – könnte ihre Autonomie verlieren und so über kurz oder lang unter die Räder kommen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Berufsbildung wird im Zuge der Reform erstmals zu einem zentralen Bestandteil der Oberstufe, zum ersten Mal können wir die Möglichkeit einer Berufsmatura ins Auge fassen, zum ersten Mal ist die Durchlässigkeit von und zu anderen Schulen gewährleistet, zum ersten Mal bekommt die Berufsbildung also den Wert, den sie sich verdient. Sie wird, lassen Sie sich das

versichern, meine Damen und Herren, ihre Eigenständigkeit auch unter dem Dach eines großen Bildungsressorts nicht verlieren, auch weil es keine Veranlassung gibt, an der zentralen Rolle der Berufsbildung zu rütteln. Sie ist es schließlich, die Südtirol ausgebildete Fachkräfte beschert und so unseren traditionellen Akademikermangel – gemeinsam mit den neu geschaffenen Ausbildungsmöglichkeiten an unserer Universität – bis zu einem gewissen Grad aufwiegt.

Noch ein Wort zur Reform der Oberstufe, genauer: zum Schulverteilungsplan: Eine Reform, meine Damen und Herren, bringt immer Veränderungen mit sich, sonst wäre es definitionsgemäß keine Reform. Es war demnach von vornherein klar, dass es Änderungen des Schulangebots im ganzen Land geben werde, wobei wir Wert darauf gelegt haben, in allen Bezirken Angebote aller drei Säulen zu verankern, und zudem versucht haben, auf gewachsene Strukturen und besondere Bedürfnisse vor Ort Rücksicht zu nehmen. Alles in allem ging es der Landesregierung natürlich darum, eine ausgewogene Verteilung über das ganze Land zu garantieren, die gesamte Bildungslandschaft im Auge zu behalten. Dass bei einer solchen Sichtweise vielleicht die persönlichen Befindlichkeiten des einen oder anderen Direktors, der einen oder anderen Direktorin, vielleicht auch so mancher Eltern auf der Strecke geblieben sind, liegt auf der Hand. Politik ist aber nun einmal nicht das Verfolgen von Einzelinteressen, Politik sollte das große Ganze im Auge behalten: Kirchturmdenken, das Verteidigen der eigenen Vorgärten ist demnach nichts, was die Politik beeinflussen sollte. Dies, auch wenn die Medien und die Opposition unsere Reform auf ein, zwei Detailfragen heruntergebrochen haben, wie etwa jene, ob es in Bozen weiter ein öffentliches klassisches Gymnasium für gerade einmal eine Handvoll Schüler geben werde.

Die zweite Priorität, wenn es um die Stärkung der Wirtschaft geht – und Wirtschaft verstehe ich hier nicht als die Gesamtheit der Unternehmen, sondern als wirtschaftliches System, in das Arbeitgeber wie Arbeitnehmer eingebunden sind – die zweite Priorität also ist das Ankurbeln von Forschung und Entwicklung. Auch hinter dieser Priorität steckt eine Einsicht, die unsere Arbeit langfristig leitet. Eigentlich sind es zwei Einsichten: Zuerst jene, dass eine Wirtschaft nur wettbewerbsfähig bleibt, wenn sie sich ständig erneuert, wenn sie ständig am Puls der Zeit bleibt, wenn sie sich den geänderten Rahmenbedingungen anpasst oder besser: diese vorwegnimmt. Und die zweite Einsicht ist: Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind kaum in der Lage, Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu betreiben, weil sie im Tagesgeschäft voll und ganz aufgehen. Es bleiben weder Zeit noch

Ressourcen, sich der konzeptionellen Arbeit zu widmen, vorauszublicken, Firmenstrategien zu entwickeln und diese dann auch umzusetzen.

Auf diesen beiden Einsichten bauen wir unsere Politik in diesem Bereich auf: Noch sind wir zwar weit entfernt von der Lissabon-Vorgabe, die von Investitionen in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung ausgeht, wir arbeiten aber Schritt für Schritt auf dieses Ziel hin. So haben wir allein die Mittel für die Innovations-Beiträge seit 2004 (damals waren es noch sechs Millionen Euro) mehr als verdreifacht. Mit diesen Beiträgen betreiben heimische Firmen Grundlagenforschung und Entwicklungsarbeit und schaffen sich so einen Vorteil auf dem Markt.

Für alle anderen Firmen, jene zahllosen Ein-, Zwei-, Drei-Mann-Betriebe müssen wir aber einen anderen Weg einschlagen als den, die innerbetriebliche Forschung zu fördern. Wo es nichts gibt, kann schließlich nichts gefördert werden. Deshalb klinkt sich hier die Landesregierung ein, und zwar nicht, weil sie Marktmechanismen außer Kraft setzen möchte, sondern weil sie ein offensichtliches, ein ganz augenscheinliches Manko der Südtiroler Wirtschaft auszugleichen versucht. So haben wir Forschungseinrichtungen geschaffen, allen voran die Universität und die Eurac, fördern die Ansiedlung von renommierten Forschungseinrichtungen, wie etwa des Fraunhofer-Instituts, und vergeben Forschungsaufträge und -stipendien.

Weil wir nun aber ein kleines Land mit beschränkten Ressourcen sind, haben wir zudem Forschungsschwerpunkte definiert, Schwerpunkte, in denen sich unsere eigene Identität widerspiegelt und in denen wir daher auch international erfolgreich sein können: in der umweltfreundlichen Mobilität beispielsweise, der Alpin-Technologie natürlich, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, im Energiesparen und nicht zuletzt der Produktion, Lagerung und Verarbeitung gesunder Lebensmittel.

Und in dieses Bild passt – zumindest unserer Auffassung nach – auch das Konzept eines Wissens- und Technologieparks in Bozen Süd, in das wir bereit sind, auch in Zeiten sinkender Haushalte zu investieren und den wir im kommenden Jahr konkret angehen wollen, indem wir die bestehenden historischen Industriestrukturen in Bozen Süd sanieren und dort einen „öffentlichen“ Teil des Technologieparks ansiedeln. In diesem Teil würde demnach die Forschung im öffentlichen Auftrag, mit öffentlichem Hintergrund Platz finden. Im zweiten, dem „privaten“ Teil würden dagegen betriebliche, unternehmerische Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen angesiedelt. Die Zusammenfassung auf einem Gelände ließe Synergien entstehen, Doppelgleisigkeiten vermeiden, Dienste billiger einkaufen, Skalengewinne erzielen. Durch die Zusammenfassung auf einem Gelände

würde auch der Wissensaustausch gefördert, soweit er den Unternehmen, die dort forschen, sinnvoll und möglich erscheint. Was entstehen würde, wäre demnach das kreative Zentrum Südtirols, in dem man ständig einen Blick in die Zukunft unseres Landes werfen könnte.

Von vornherein war auch klar – auch wenn dies unsere Kritiker nicht wahrgenommen haben, nicht wahrnehmen wollten oder bewusst unterschlagen haben – dass der Wissens- und Technologiepark nicht mit einem Schlag aus dem Boden gestampft werden sollte. Vielmehr war (und ist) die Verwirklichung in Modulen vorgesehen, und zwar über einen Zeitraum von rund zehn Jahren. Die Verwirklichung dieser Module würde sich an der Nachfrage, an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren. Wer sich also immense neue Gebäude vorstellt, durch die der Wind pfeift und in denen sich die Ratten einnisten, der ist schief gewickelt: Leerstehende Kathedralen in der Wüste gibt es bei uns nicht und soll – ich wage zu behaupten: wird – es auch in Zukunft nicht geben.

Was mich – und das sage ich hier ganz offen – an der Diskussion um den Technologiepark gestört hat, war die Herangehensweise einiger Unternehmer, die auf der Grundlage von mangelhafter Information, von Halbwahrheiten und vom Hörensagen den Park als Werk irgendwelcher Bürokraten abgetan haben, die von der realen Welt keine Ahnung hätten, nur ihre Sessel wärmten und Bürokratie um der Bürokratie willen schufen. Diese Haltung ist arrogant, weil sie von zweierlei völlig falschen Annahmen ausgeht: die erste ist die Annahme, dass, weil ich ja erfolgreich ein Unternehmen in einem klar definierten, kleinen, überschaubaren Bereich leite, mein Denken und die Rezepte meines Handelns auch eins zu eins auf die Gesellschaft übertragen könnte. Und die zweite falsche Annahme ist jene, dass Beamte keine Ahnung von der Welt da draußen hätten. Nichts könnte falscher sein!

Sicher: wir haben über 40.000 öffentlich Bedienstete in Südtirol und sicher: die Bürokratie ist eine Last. Aber wer nur die nackten Zahlen betrachtet, der lässt außer Acht, dass in den letzten Jahren unsere Autonomie enorm ausgebaut worden ist – zu unser aller Vorteil, wage ich zu behaupten. Dass eine solch weitreichende Autonomie auch verwaltet werden muss, sollte auf der Hand liegen, dass Regelungen und Kontrollen notwendig sind, Sachverstand und Organisation auch.

Wer also fordert, die laufenden Kosten des Landes zu senken und dies doch möglichst durch den Abbau von Personal zu tun, dem sollten zwei Fakten bewusst gemacht werden: Erstens: Zum ersten Mal haben wir im Haushaltsentwurf 2011 die Trendumkehr geschafft,

indem wir die Investitionen um 5,6 Prozent angehoben und die laufenden Kosten um 3,6 Prozent gesenkt haben. Und das zweite Faktum: Nur rund ein Drittel der laufenden Kosten fallen im Personalbereich an und drei Viertel der Personalspesen wiederum im Bildungsbereich, den wir für einen für die Zukunft des Landes – und seiner Wirtschaft – strategischen halten.

Wer sich dies vor Augen hält, wird die Personaldiskussion wesentlich differenzierter führen. Sicher: nicht jeder ausscheidende Landesbedienstete muss automatisch ersetzt werden, so wie im Übrigen auch nicht jeder ausscheidende Mitarbeiter von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, Körperschaften, Gemeinden und Bezirksgemeinschaften ersetzt werden muss. Es geht vielmehr darum, sich vom Automatismus zu verabschieden und Personal gezielt dort einzusetzen, wo es gebraucht wird. Schließlich können wir in einer ganzen Menge an Bereichen Prozeduren verschlanken, neue Technologien einsetzen und so effizienter, Zeit und Ressourcen sparend arbeiten. Das E-Government sei hier als Beispiel genannt, die Digitalisierung, die Abschaffung von Kommissionen, die Einführung von Selbsterklärung und – als große Projekte im Jahr 2011 – die Einführung von Bürgerkarte und SCIA. Die Bürgerkarte ermöglicht künftig den virtuellen Amtsgang, den digitalen Zugriff auf die Dienste des Landes, die zeit- und ortsunabhängige Kommunikation mit unseren Ämtern. Die SCIA, steht für: Segnalazione Certificata d’Inizio Attività, wird uns dagegen von EU und Staat vorgegeben und sollte die Verwaltungsprozesse bei Dienstleistungen und in der Raumordnung umkrempeln, indem Genehmigungsverfahren durch einfache Meldungen ersetzt werden. Ganz so weit werden wir im Interesse der Bürger nicht gehen. Bei den Dienstleistungen zum Beispiel legen wir seit jeher Wert auf eine gediegene Ausbildung und Qualität in der Abwicklung, weshalb wir ein Verzeichnis der Berufe samt der vorgesehenen Grundvoraussetzung für deren Ausübung anlegen werden. Nur so können wir die Bürger vor Missbräuchen, vor allem aber vor Pfuschern schützen.

Noch komplexer sieht’s in der Raumordnung aus, ist in einem so sensiblen Gebiet wie dem unseren ein Genehmigungsverfahren doch notwendig, um eine unkontrollierte, ja unkontrollierbare Entwicklung zu vermeiden. Wir werden demnach auch künftig darauf achten, dass klare Regeln von Gemeinden und Land gelten: Regeln zum Schutz der Landschaft, zur Gewährleistung der Sicherheit, zum Schutz der Interessen der Anwohner und der Dorfgemeinschaften und zur Aufwertung traditioneller, ortstypischer Bauformen.

Entbürokratisierung, meine Damen und Herren, ist damit nicht die Abschaffung der Bürokratie, sondern deren gezielte Verbesserung. Denn: Wer glaubt, es gehe ganz ohne

Verwaltung, ohne Bürokratie, der täuscht sich: Bürokratie ist nicht das Hin- und Herschieben von nutzlosem Papier. Bürokratie ist auch Kontrolle (und die ist notwendig), Planung (und die ist notwendig), Abstimmung (und die ist ebenso notwendig). Ein Genehmigungsverfahren ist nicht Schikane, sondern erlaubt es, Folgen zu analysieren, Interessen abzuwägen. Und nicht immer, das sei mir hier erlaubt zu sagen, fällt das Verfahren im Sinne des Antragstellers aus, sehr wohl aber im Sinne der Allgemeinheit. Oder sollte es zumindest!

Wirtschafts-Priorität Nummer drei und wieder eine der eingangs erwähnten Einsichten, ja Leitlinien, an denen wir uns als Landesregierung orientieren, ist die Chancengleichheit zwischen Peripherie und Zentrum. Mit anderen Worten: Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Dörfer, auch jene fernab der Ballungszentren, nicht austrocknen, dass sie als Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten bleiben, und zwar gleichwertig mit den wenigen Zentren, die wir in Südtirol haben.

Was heißt das konkret? Es heißt zunächst einmal, dass wir die Voraussetzungen schaffen, dass Arbeitsplätze vor Ort gegeben sind, dass die Infrastruktur geschaffen wird, die für ein Leben und Arbeiten in den Dörfern notwendig ist: die Straßenverbindungen, die Kindergärten und Schulen, Sportplätze und Kulturhäuser. Dazu müssen wir uns bemühen, die nötigen Dienstleistungen vor Ort aufrecht zu erhalten, von der Nahversorgung über die öffentlichen Dienste bis hin zum Postdienst, der, wenn wir ihn allein dem Staat überlassen, aus unseren Dörfern zu verschwinden droht. Aber dazu später mehr.

Was uns zudem besonders am Herzen liegt, ist die Anbindung der Peripherie an das weltweite Datennetz. Heute ist das Tor zur Welt ein in erster Linie virtuelles, ein digitales, eines das über Computer und die dazugehörenden Datennetze aufgestoßen wird. Gibt es diese Netze nicht oder nicht in der Qualität, die notwendig ist, dann bleibt das Tor zur Welt zu, ein Austausch findet nicht statt, man lebt hinterm Mond.

Um unseren Dörfern aber den Anschluss an die Zentren zu garantieren, sind wir seit nunmehr fünf Jahren mit Hochdruck damit befasst, Breitbandverbindungen für das gesamte Land zu schaffen. Unterwegs sind wir dabei auf drei Schienen: Die erste und wichtigste ist die Verlegung von Glasfaserkabeln, von denen mittlerweile bereits rund 230 Kilometer unser Land durchziehen. Mit weiteren 530 Kilometern an Leerrohren haben wir zudem die Voraussetzungen geschaffen, ohne allzu großen technischen, aber mit einigem finanziellen Aufwand weitere Glasfaserstränge durchs Land zu ziehen. Das Ziel ist, alle

116 Gemeinden mit Glasfasern ans Hauptnetz anzubinden und damit eine schnelle, störungsfreie, qualitativ makellose Datenverbindung zu schaffen.

Erlauben Sie mir hier eine kurze Klammer zur Aufgabenteilung: Während wir das Glasfasernetz in die Gemeinden bringen, sind es die Gemeinden oder auch die lokalen Versorger – Gemeindewerke, Energieproduzenten, Gaslieferanten – die für die Verlegung von Glasfasern auf der so genannten letzten Meile, also bis zu den Haushalten sorgen können, indem sie ihr bestehendes Versorgungsnetz nutzen.

Klar ist, dass die Verlegung von Glasfaserkabeln Zeit braucht. Zeit, die man nicht untätig verstreichen lassen kann, ohne in der Zwischenzeit für eine Verbindung zum weltweiten Datennetz zu sorgen. Dies haben wir getan, indem wir in erster Linie auf Funkverbindungen zurückgegriffen haben, mit denen die Haushalte und Betriebe ihr Tor zur virtuellen Welt aufstoßen können. Und wo eine Funkverbindung nicht möglich ist, bleibt als Ausweg Schiene Nummer drei: der Satellit.

So haben wir in gerade einmal fünf Jahren Arbeit einen Abdeckungsgrad mit Breitband-Verbindungen von über 90 Prozent des Landes erreicht. Einen Abdeckungsgrad, um den uns andere Berggebiete übrigens beneiden, darunter der Freistaat Bayern, immerhin das Land, das Laptop und Lederhosen zu seinem Zukunftsmotto erklärt hat.

Die Schaffung von Chancengleichheit für Peripherie und Zentrum bedeutet im Übrigen nicht, dass alle Dienste, alle Einrichtungen notgedrungen überall geschaffen und stets vor der Haustür angeboten werden müssten. Die tägliche Grundversorgung, die muss gegeben sein, zu all dem, was nicht täglich gebraucht wird, müssen wir dagegen einen Zugang schaffen, und zwar unter akzeptablen Bedingungen.

Nehmen wir die klinische Reform als Beispiel: Was für ein Aufschrei ist durchs Land gegangen, als wir von einer Veränderung des Angebots an den peripheren Krankenhäusern gesprochen haben. Nicht von deren Schließung wohlgemerkt, denn davon war nie die Rede, sondern von deren Anpassung an neue Rahmenbedingungen: Die Grundversorgung an diesen Krankenhäusern haben wir nie in Abrede gestellt, wir haben aber durchgesetzt, dass – zur Eindämmung der Kosten, zur Hebung der Qualität, auch zur Sicherheit der Patienten – besonders spezialisierte Dienste nur mehr zentral angeboten werden. „Zentral“ heißt dabei nicht, dass es unbedingt in Bozen sein muss, sondern durchaus auch in Innichen, Sterzing oder Schlanders, in Meran, Brixen oder Bruneck, aber eben vereinheitlicht, um jene Fallzahlen zu erreichen, die eine Auslastung



der Einrichtung, der Geräte, des Personals garantieren und darüber hinaus die Qualität, die wir den Bürgern als Patienten schuldig sind.

Wir sprechen hier demnach von Qualitätssicherung, wir sprechen von Einsparungen, wir sprechen davon, dass wir uns an internationalen Standards messen müssen. Wir sprechen dagegen nicht von einer Beschneidung des Angebots an Gesundheitsleistungen, wir sprechen nicht von höheren Selbstbeteiligungen der Patienten, wir sprechen nicht von Kürzungen, die zu Lasten derer gingen, die sie am wenigsten brauchen können: der Kranken.

Doch zurück zum Stärken der Wirtschaft und den entsprechenden Prioritäten. Wir sind bei Nummer vier angelangt und das ist die Energie. Warum streichen wir diesen Bereich aber besonders hervor? Ganz einfach: Weil die Frage der Energieversorgung eine, wenn nicht die zentrale Zukunftsfrage schlechthin ist, und zwar in allen Bereichen: in der Umweltpolitik genauso wie in der Wirtschaftspolitik, in der Gesellschaft genauso wie auf globaler Ebene, wenn es etwa um Verteilungskonflikte geht.

In Südtirol sind wir in der beneidenswerten Lage, dass wir die Instrumente, eine nachhaltige Energiepolitik zu betreiben, bereits in Händen halten. Kaum ein Land verfügt über so viele natürliche Ressourcen, die sich für die Produktion von Energie, noch dazu sauberer Energie eignen. Und kaum ein Land – das kann ich ohne Selbstüberschätzung behaupten – hat bereits so viel in die Wege geleitet, um diese Ressourcen auch zu nutzen.

An vorderster Front steht dabei natürlich die Wasserkraft, die wir nach langen, zähen Verhandlungen – verzeihen Sie den vorbelasteten Ausdruck – heimgeholt haben. Wir sind es, die über die Vergabe von Wasser- und Stromkonzessionen entscheiden, wir haben damit den Schlüssel zur wichtigsten Energiequelle in unserer Hand, wir sind es demnach auch, die die Prioritäten in diesem Bereich vorgeben können. Und die sind nicht etwa rein ökonomischer Natur, nicht rein auf die schiere Menge der Stromproduktion ausgerichtet, sondern verfolgen andere Ziele: die Versorgungssicherheit der heimischen Bevölkerung und Wirtschaft an erster Stelle, dazu aber auch die Umweltaspekte, schließlich geht's um die Produktion von sauberer Energie und darunter muss auch der Schutz der Fauna und Flora, der Landschaft, der Bäche und Flüsse fallen.

Dazu kommt als angenehmer Nebeneffekt ein finanzieller: Die Stromproduktion spült Geld in die öffentlichen Kassen, Steuergelder, aber auch Mittel, die für Umwelt-Ausgleichsmaßnahmen bereitgestellt werden. Eine Zahl nenne ich stellvertretend für alle:

382 Millionen Euro. So viel muss allein für die ehemaligen Enel-E-Werke in 30 Jahren in Umwelt und Lebensqualität in Südtirol investiert werden, in Freizeit, Sport und das, was man früher schlicht und ergreifend „Verschönerung“ genannt hat.

Ich habe vorhin übrigens ganz bewusst von „öffentlichen Kassen“ und nicht von „Kassen des Landes“ gesprochen, weil ja auch die Gemeinden am Stromgeschäft beteiligt werden sollen, wie hier im Saal vor allem die wissen, die daraus ihr politisches Steckenpferd gemacht haben. Entsprechende Vorschläge liegen auf dem Tisch, es wird nun die nötigen Verhandlungen geben, wobei ich zuversichtlich, nein, sicher bin, dass wir in den nächsten Wochen eine endgültige Einigung finden werden. Das „Heimholen“ der Energie soll schließlich allen etwas bringen: dem Land, den Gemeinden, den Bürgern, den Unternehmen, der Umwelt.

Neben der Wasserkraft sind wir an zahlreichen anderen, nennen wir sie der Einfachheit halber: erneuerbaren Fronten tätig: wir verfügen auch dank entsprechender Förderungen über die größte Fläche von Sonnenkollektoren im ganzen Staatsgebiet, sind europaweit mit an der Spitze, wenn es um Solarenergie geht, arbeiten an Pilotprojekten zur Nutzung der Geothermie, suchen nach geeigneten Standorten für Windkraftanlagen, haben ein fast schon unvergleichliches Fernwärmenetz, das aus Biomasse gespeist wird, und machen erste Schritte im Austesten von Pumpspeicherkraftwerken.

Dazu kommt ein Projekt, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, weil ich es für ein faszinierendes halte: die Erzeugung und Abgabe von grünem Wasserstoff. Allein der Gedanke daran, dass einmal Autos zwischen München und Modena verkehren, die keinen Lärm erzeugen außer dem ihrer Reifen auf dem Asphalt und aus deren Auspuffrohren nichts anderes kommt als der eine oder andere Tropfen Wasser, ist einer, der ganz neue Perspektiven eröffnet. Und wenn wir uns dann auch noch vor Augen halten, dass der Wasserstoff, mit dem diese Fahrzeuge angetrieben werden, aus grünen Quellen stammt, also mit erneuerbarer Energie hergestellt worden ist, dann ist das ein Zukunftsszenario, das keinen kalt lassen sollte. Dass es zwar ein Zukunftsszenario ist, keineswegs aber eine Phantasterei zeigt die Tatsache, dass wir in Bozen Süd bereits an einer entsprechenden Produktionsstätte bauen. Als ersten Schritt in die Wasserstoff-Zukunft sozusagen.

Und damit wären wir auch wieder bei einer der Leitlinien, an denen sich die Arbeit der Landesregierung ausrichtet, einer exakt quantifizierbaren diesmal: Bis 2013 wollen wir den Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Südtirol, der aus erneuerbaren Quellen gespeist wird, von derzeit schon rund 60 auf 75 Prozent bringen, bis 2020 auf 100 Prozent. In diese

Zahlen ist zwar der Verkehr nicht eingerechnet, das Wasserstoff-Projekt eröffnet aber auch in diesem Bereich neue Chancen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energie sagen: Die grüne Energie ist einer der heute wohl dynamischsten Märkte überhaupt. Dass wir in Südtirol relativ früh in diesen Markt eingestiegen sind, dass wir in den vergangenen Jahren ein gerüttelt Maß an Kompetenzen aufbauen konnten, ist ein Standortvorteil, den es von Seiten der Unternehmen zu nutzen gilt. Was ich mir demnach von den Unternehmern in diesem Sektor erwarte, sind Ideen, Kreativität und Mut zum Risiko. Denn nur damit wird aus dem Standortvorteil auch ein konkreter wirtschaftlicher, aus den guten Voraussetzungen handfester Nutzen für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.

Und weil's zum Thema Energie und Umwelt passt, noch eine weitere dieser langfristigen Zielrichtungen der Landesregierung: Es ist die Einsicht, dass Natur und Landschaft das wichtigste Kapital dieses Landes sind, dass wir mit diesem Kapital aber wirtschaften müssen und es nicht brachliegen lassen dürfen. Es geht hier also nie um fundamentalistische Positionen, nie um Recht und Unrecht, sondern vielmehr immer um eine – selten leichte, immer aber notwendige – Interessenabwägung zwischen einzelnen Gruppen.

Lassen Sie mich aber auf die Prioritätenliste in Sachen Stärkung der Wirtschaft zurückkommen und sie mit Nummer fünf, der Mobilität, der Erreichbarkeit, nennen Sie es, wie Sie wollen, abschließen. Wir dürften uns alle darin einig sein, dass ein Wirtschaftsraum, um als solcher überleben zu können, erreichbar sein muss. Er muss digital erreichbar sein – ein Thema, das ich bereits behandelt habe, er muss aber genauso physisch erreichbar sein: Menschen müssen in diesen Wirtschaftsraum gelangen können, Waren müssen an- und abgeliefert werden können, und zwar möglichst unkompliziert, möglichst effizient, möglichst schnell. Gleichzeitig dürften wir uns auch darüber einig sein, dass diese unkomplizierte, effiziente, schnelle Mobilität nicht ohne negative Begleiterscheinungen zu haben ist, die man gemeinhin mit dem Begriff „Verkehr“ beschreibt: Verkehr verschmutzt die Luft, Verkehr ist laut, Verkehr ist lästig, Verkehr braucht Platz, Verkehr ist gefährlich.

Dieses Dilemma lässt sich nicht lösen, was nicht heißt, dass man es ignorieren sollte oder auch nur könnte. Was sich tun lässt, ist Vor- und Nachteile aufzuwiegen, was sich tun

lässt, ist, die Nachteile mit geeigneten Maßnahmen im Zaum zu halten, was sich tun lässt, ist, Alternativen zu schaffen. All dies versuchen wir in der Landesregierung seit jeher, in manchen Bereichen mit großem, in manch anderen mit geringerem Erfolg, das will ich nicht verhehlen.

Nehmen wir als Beispiel jene Verkehrswege, die nach wie vor die wichtigsten sind: die Straßen. Von der Notwendigkeit zu sprechen, sie auszubauen, ist zwar politisch nicht korrekt, ist aber wahr. „Ausbauen“ heißt dabei nicht zwangsläufig, größer, schneller, breiter, es heißt vielmehr, das Straßennetz den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Dass Straßen beispielsweise in Kurven durch Ebenen führen, dass sie auch mitten durch die Dörfer führen und diese in zwei Teile teilen, ist zwar historisch erklärbar, logisch ist es deshalb aber genauso wenig, wie effizient. Was wir deshalb seit Jahren tun ist, dem Straßenverkehr durch eine geeignete Infrastruktur Herr zu werden, die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig die Nachteile für die Bevölkerung – etwa in Form von übermäßigem Lärm – zu verringern. Stichwort: Umfahrungen, Stichwort: Tunnels.

Viel haben wir in den letzten Jahren getan, viel bleibt noch zu tun: Rund eine Milliarde Euro bräuchten wir, um allein die Liste bereits genehmigter Projekte abzuarbeiten. Dass solche Summen in Zeiten kleiner werdender Haushalte Utopien sind, liegt auf der Hand. Deshalb gilt es, Prioritäten zu setzen, dringende Projekte vorzuziehen, die Rangordnungen zu überdenken, vielleicht auch neue Finanzierungsmodelle anzudenken, etwa die Kofinanzierung durch die Gemeinden.

Um dem Straßenverkehr Herr zu werden, haben wir aber nicht nur gebaut, sondern auch ausgebaut: den öffentlichen Nahverkehr nämlich, der heute – davon bin ich überzeugt – in Sachen Angebot, Preis, Qualität, Zuverlässigkeit keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht. Wir investieren weiter in diesen Bereich, der in diesem Haushalt deshalb auch die höchsten Zuwächse aufzuweisen hat, weil wir davon überzeugt sind, dass ein Land wie das unsere auf funktionierende Öffis angewiesen ist, und zwar nicht nur im Land selbst, sondern auch als Verbindung nach draußen: für unsere Leute genauso wie für all jene, die unser Land besuchen möchten.

Deshalb investieren wir nicht nur in die Infrastruktur, in Schienen und Bahnhöfe, in das Rollmaterial, in den Ausbau der Bus- und Bahnverbindungen, sondern verhandeln auch um weitere günstige Verbindungen mit dem Norden wie mit dem Süden. Dass Bozen aus dem Fahrplan internationaler Züge verschwindet, ist keine Option.

In Sachen Ausbau der Bahn-Infrastruktur möchte ich auch noch einmal klar und deutlich betonen, dass wir nach wie vor hinter dem Ausbau der Brennerbahnlinie, hinter dem

Brennerbasistunnel und dem Ausbau von dessen Zulaufstrecken stehen. Für uns gilt: Der BBT ist das größte Umweltprojekt, das wir je in Südtirol angegangen sind. Und das wir umsetzen werden – nicht umsetzen könnten, nicht umsetzen würden, sondern umsetzen werden. Davon bin ich überzeugt, davon geht auch die EU aus, die nach wie vor hinter dem Projekt steht, dazu steht man auch in Rom und Wien, auch wenn über Finanzierung und Zeitplan nach wie vor verhandelt wird.

In Sachen Mobilität steht 2011 zudem im Zeichen alternativer Verkehrsmittel: So wollen wir verstärkt auf Seilbahnen, Sessellifte und andere seilgezogene Alternativen als öffentliche Nahverkehrsmittel setzen, wir wollen analysieren, inwieweit sie Ballungsräume verkehrstechnisch entlasten können, und studieren, wie man sie gemeinsam mit Unternehmen im Rahmen einer PPP finanzieren kann. Die Überetscher Bahn ist nur ein Beispiel dafür, eine bessere Sessellift- oder Seilbahnverbindung zwischen Tirol und Meran ein anderes.

Und auch der Bozner Flughafen sei nicht vergessen. Wollen wir ihn fortführen, und das ist unbedingt nötig, wenn wir den internationalen Anschluss nicht verpassen wollen, dann müssen wir ihn an die neuen Sicherheitsbestimmungen und Verkehrsvorschriften von EU, ENAC und ENAV anpassen. Daran führt kein Weg vorbei, meine Damen und Herren.

Verlassen wir das wirtschaftliche Terrain, kommen wir zum Politischen, wobei die Trennung ja nie eine eindeutige ist. Die Leitlinie, die hier für uns gilt, die sozusagen über allem thront ist jene, unsere Autonomie Schritt für Schritt auszubauen, sie an die sich ändernden Gegebenheiten anzupassen, unsere Entscheidungs-Spielräume zu erweitern, damit wir in möglichst vielen Bereichen unseren Bürgern maßgeschneiderte, unseren besonderen Bedürfnissen als Minderheit angepasste Lösungen anbieten können.

In Sachen Autonomieausbau war das Jahr 2010 kein besonders erfolgreiches, das kann ich ohne Umschweife so sagen. Bis auf die Durchführungsbestimmung zur Neuordnung des Nachweises der Sprachkenntnisse und zweier kleinerer, vor allem das Trentino betreffende liegen alle anderen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut in den Kommissionen und damit mehr oder weniger auf Eis.

Überhaupt sind die Beziehungen zur Regierung in Rom derzeit von Unsicherheiten geprägt, vor allem deshalb, weil man das Gefühl nicht loswird, dass Entscheidungen kurzfristig und oft durchaus widersprüchlich getroffen werden. Unsere Hoffnung ist die auf möglichst baldige Schaffung von Klarheit: auf klare politische Verhältnisse, klare

Ausrichtungen und ein klares Bekenntnis zum Ausbau unserer Autonomie. Solange nämlich in Rom Stillstand herrscht, werden auch die dringend notwendigen Reformen des Staates nicht weitergebracht. Das hat zwar nur in seltenen Fällen direkte Auswirkungen auf unser Land, indirekt spüren wir die Folgen aber sehr wohl.

Der wohl wichtigste Durchbruch im Zusammenhang mit dem Ausbau der Autonomie liegt deshalb auch bereits einige Zeit zurück. Im Spätherbst 2009 haben wir das Mailänder Abkommen unterzeichnet, mit dem die Finanzierung unserer Autonomie auf neue, vor allem aber sichere Beine gestellt worden ist, das uns zudem aber eine ganze Menge an neuen autonomen Spielräumen eröffnet – sofern, ja sofern die entsprechenden Durchführungsbestimmungen vorangebracht werden.

In trockenen Tüchern ist derzeit nur jener Teil des Abkommens, der strikt nur finanzielle Regelungen enthält. Demnach sind wir nicht mehr auf jährliche Verhandlungen mit dem Staat über variable Anteile angewiesen, wir müssen auch nicht Jahr für Jahr von neuem die Diskussionen rund um den Beitrag zu einem wie auch immer gearteten staatlichen Solidaritätsfonds führen, wir müssen nicht mit virtuellen Zahlen rechnen, weil staatliche Gelder jahrelang auf sich warten lassen. Nein, wir können künftig mit neun Zehnteln unserer Steuereinnahmen rechnen: solide, garantiert, sicher.

Autonomiepolitisch genauso interessant ist allerdings jener Teil des Abkommens, der uns auf den ersten Blick nur Opfer abverlangt: jener Teil also, in dem es darum geht, dass Südtirol zum Sparkurs der römischen Regierung beiträgt, indem es Leistungen übernimmt, die eigentlich der Staat bezahlen müsste. Wir sprechen von den berühmten 100 Millionen Euro jährlich, die zu 40 Prozent in Maßnahmen zugunsten der Grenzgemeinden der Nachbarprovinzen fließen. Mit Belluno und Sondrio verhandeln wir bereits über die Finanzierung konkreter Projekte, wobei es stets solche sind, die in beiderseitigem Interesse sind und für einen möglichst – wie soll man sagen – harmonischen Übergang zwischen den Provinzen sorgen sollen.

Bleiben 60 Millionen Euro jährlich, die in die Finanzierung von Konservatorium und Universität fließen, aber auch in das neue Gefängnis von Bozen, das eigentlich der Staat bauen müsste, dem allerdings das nötige Kleingeld fehlt. Ich weiß, dass gegen den Gefängnis-Neubau gern gewettert wird, ich bin aber überzeugt, dass jeder, der einmal einen Fuß in das Gefängnis in der Dantestraße gesetzt hat (und zwar auch, wenn er dort nur zu Besuch war), mit mir in der Einschätzung übereinstimmt, dass dieser Bau menschenunwürdig ist. Wer glaubt, Kriminalität dadurch einzuschränken, dass er

Kriminelle ins Verließ wirft und in Dunkelheit bei Wasser und Brot hält, der wird mit dem Gefängnis in Bozen zufrieden sein. Wer aber der etwas moderneren, vor allem aber menschenfreundlicheren Ansicht ist, dass auch Kriminellen eine zweite Chance zusteht und sie wieder in die Gesellschaft integriert werden müssen, der weiß, dass dazu der Kerker in der Dantestraße ganz sicher nicht beiträgt – im Gegenteil. Deshalb ist es notwendig, ein neues Gefängnis zu bauen, die Arbeiten dafür sollten auch bereits im kommenden Jahr aufgenommen werden. Zum Glück, denn eine Gesellschaft, die sich auf christliche Werte beruft, muss Zuständen wie jenen im alten Bozner Gefängnis ein Ende bereiten.

Interessant ist das 100-Millionen-Euro-Paket natürlich auch deshalb, weil wir damit neue delegierte Kompetenzen finanzieren könnten, falls Rom grünes Licht gibt: ich denke an den Bozner RAI-Standort, an Aufgaben von Rechnungshof und Einnahmen-Agentur, an finanzielle Kontrollen oder den Postdienst. Ja, den Postdienst, denn was wir derzeit erleben, ist ein langsames Ausbluten der peripheren Postämter. Unser Angebot an Staat und Post zielt darauf ab, die Postverteilung in den Dörfern neu zu regeln, sie mit anderen Dienstleistungen zu koppeln, sie so finanzier- und realisierbar zu machen. Im Pustertal soll der Anfang gemacht werden, es wird sich zeigen, wie dieser Dienst am Bürger funktioniert. All diese Projekte haben wir dem Staat vorgeschlagen, ein detaillierter Entwurf liegt in Rom, auf Antwort warten wir noch. Derzeit scheint es einfach, als ob Regierung und Parlament zu sehr mit sich selbst beschäftigt wären, als dass sie die Zeit finden würden, am Konzept der dynamischen Südtiroler Autonomie und damit auch an so etwas wie dem Experimentierfeld für den Föderalismus in Italien zu arbeiten.

Noch auf Antwort aus Rom warten wir im Übrigen auch, wenn es um einen neuen Schritt zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Süden und Norden, mit dem Bundesland Tirol und dem Trentino geht. Nachdem das Madrider Abkommen zur grenzüberschreitenden Kooperation immer noch nicht umgesetzt ist, haben wir hier nämlich einen ganz neuen Weg eingeschlagen, um der Euregio ein institutionelles Dach zu verpassen: die Schaffung eines Europäischen Verbunds der territorialen Zusammenarbeit, kurz: EVTZ. Ist diese einmal genehmigt, kann die Euregio überall dort aktiv werden, wo sie aktiv werden sollte, weil eine Zusammenarbeit bessere Ergebnisse bringt, als Alleingänge von drei Ländern mit einer gemeinsamen Vergangenheit, einem ähnlichen Status quo und einer gemeinsamen Zukunft. Ich denke dabei an die Bereiche Bildung, Kultur, Energie, nachhaltige Mobilität, Gesundheit,

Wirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie an Fragen rund um den alpinen Lebensraum.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch auf eine wichtige Grundvoraussetzung für gute Politik eingehen: auf gute Daten. Der Hinweis kommt, weil zwei große statistische Erhebungen derzeit aktuell sind. Die Landwirtschaftszählung ist bereits im Gange und wird uns ein möglichst exaktes Bild der Land- und Forstwirtschaft in unserem Land liefern. Ein solches ist nötig, damit wir darauf unsere Agrarpolitik aufsetzen können, die in allererster Linie auf den Fortbestand der Berglandwirtschaft zielt, auf die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, damit der traditionellste unserer Wirtschaftssektoren, jener, der unsere Gesellschaft wie kein anderer geprägt hat und immer noch prägt, weiter erfolgreich arbeiten kann. In diesem Zusammenhang werden natürlich auch die Vorgaben aus Brüssel immer wichtiger, weshalb wir mit Spannung die Entwicklungen rund um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 verfolgen. Nein, falsch, wir verfolgen sie nicht, sondern versuchen sie, für unseren ganz bescheidenen Teil maßgeblich zu beeinflussen, damit wir die Berglandwirtschaft in den EU-Dokumenten verankert wissen. Seit drei Jahren ist die Lobbyarbeit mit den anderen Berggebieten in vollem Gange, den Lohn dafür können wir nun ernten.

Die zweite Großzählung, auf die ich verweise, ist selbstverständlich die Volkszählung, die 2011 wieder anfällt. Sie liefert einen neuen Querschnitt durch unsere Gesellschaft, wichtige Daten für die Ausrichtung von Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Familienpolitik. Und sie liefert neue Daten über die ethnische Zusammensetzung unserer Gesellschaft, weil zur Volkszählung auch die Erhebung der Sprachgruppenzugehörigkeit gehört. 2011 wird die Sprachgruppen-Erklärung indes nicht mehr von allen auszufüllen sein, sondern nur von all jenen, die noch keine abgegeben haben oder ihre aktuelle ändern wollen. Ich kann nur an alle appellieren, eine Sprachgruppenzugehörigkeits-Erklärung abzugeben, demnach zu erklären sich einer der drei Sprachgruppen oder eben auch keiner davon zugehörig zu fühlen. Weite Teile unseres Systems setzen auf den Erklärungen auf, denken Sie nur an den ethnischen Proporz oder die Vergabe von Sozialwohnungen. Ohne Erklärung schaut man in diesem Land häufig durch die Finger, deshalb der Appell: ausfüllen, abgeben, sich erklären.

Ich habe mir erlaubt, in diese Rede mit einer Aufzählung der Vorzüge unseres Landes einzusteigen. Ich erlaube mir nun aber auch, darauf hinzuweisen, dass wir in der



Landesregierung durchaus verstanden haben, dass nicht alles rosig ist in diesem Land, dass dieses Land trotz seines Wohlstands in vielen Bereichen Aufholbedarf hatte und immer noch hat: im Kulturellen etwa, im Zusammenwachsen der Sprachgruppen, in der Ausbildung, in Forschung und Entwicklung – und über lange Jahre auch in der Infrastruktur, wobei ich so dreist bin zu behaupten, dass wir diese in den 80ern und 90ern ganz offensichtliche Lücke nun weitgehend geschlossen haben. Nicht mit Prunk- oder Protzbauten übrigens, sondern mit sinnvollen, maßgeschneiderten, zielgerichteten Investitionen, die vor allem langfristig ihre Bedeutung unter Beweis stellen werden.

Und noch eine Einsicht hat uns stets geleitet und soll es, wird es auch weiterhin tun: der Gedanke der Nachhaltigkeit. Ich weiß, dieser Begriff ist zum Schlagwort verkommen, dies sollte seiner Bedeutung allerdings keinen Abbruch tun. Nachhaltig handeln heißt, nicht auf Kosten nachfolgender Generationen zu handeln. Das haben wir finanziell immer getan, indem wir etwa als eines der ganz wenigen Länder nie große Schulden gemacht haben. Das haben wir gesellschaftlich getan, indem wir Konflikte im Land zu schlichten, anstatt zu schüren versucht haben. Und wir haben es auch umweltpolitisch zu tun versucht, indem wir in vielerlei Bereichen zukunftsweisende Entscheidungen getroffen und Voraussetzungen für das nachhaltige Wirtschaften geschaffen haben: in der Mobilität etwa, der Energie, der Land- und Forstwirtschaft.

Wir haben uns demnach auch immer von der Einsicht leiten lassen, dass es zwar einfacher wäre, stets schwarz-weiß zu malen und einfache Lösungen für komplexe Probleme anzubieten. Auf lange Sicht ist es aber nur möglich, für die Bürger und mit den Bürgern zu arbeiten, wenn wir zugeben, dass es für komplexe Probleme selten einfache Lösungen gibt. Diese einfachen Lösungen können diejenigen verkaufen, die nicht die Verantwortung haben, sie auch umsetzen zu müssen. Diejenigen, deren Aussagen dem Praxistest standhalten müssen, spielen lieber mit offenen Karten, machen keine leeren Versprechungen und müssen manchmal auch unangenehme Wahrheiten an- und aussprechen.

Deshalb, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gebe ich gerne noch einmal zu: einen auf zwanzig, dreißig, fünfzig Jahre angelegten Masterplan für dieses Land gibt es nicht, dafür aber Leitlinien, an denen sich unsere tägliche Arbeit orientiert. Leitlinien, die demnächst – angepasst an die Herausforderungen von heute und ausgerichtet auf die

nächste Zukunft – in einem neuen LEROP festgehalten werden. Aber: Zukunft gestaltet man nicht nur, indem man Konzepte, Pläne, Entwürfe zu Papier bringt. Zukunft gestaltet man vor allem, indem man die Chancen nutzt, die die Gegenwart bietet.

In diesem Sinne danke ich vielmals für Ihre Aufmerksamkeit!